

Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz  
Réseau suisse des **droits de l'enfant**  
Rete svizzera **diritti del bambino**  
**Child Rights** Network Switzerland

## Kinderrechte im Parlament – Vorschau auf die Herbstsession 2017

Im **Nationalrat** werden in dieser Session verschiedene kinderrechtlich relevante Vorstösse behandelt. Die parlamentarische Initiative Mazzone „[Stärkung der Demokratie. Politische Rechte ab 16 Jahren](#)“ fordert eine Änderung der Bundesverfassung dahingehend, dass die politischen Rechte Bereits Schweizerinnen und Schweizern ab dem 16. Lebensjahr zustehen. Damit die politischen Rechte auch ausgeübt werden können und um die Demokratie zu stärken fordert das [Postulat Masshardt](#) den Bund auf, die politische Bildung insbesondere für Berufsschüler und Berufsschülerinnen zu stärken. Der beruflichen Integration von jungen Flüchtlingen mit Bleibeperspektive widmet sich die [Motion Quadranti](#). Diese fordert den Bundesrat auf, die Finanzierung von vorbereitenden Angeboten zur Qualifizierung geflüchteter Jugendlicher und junger Erwachsener für einen Abschluss auf Sekundarstufe II zu regeln.

Ein weiteres Geschäft widmet sich der Familienpolitik. Die Motion Bertschy „[Elternzeit von 14 Wochen für beide Elternteile bei beidseitiger Erwerbsarbeit](#)“ fordert die bestehende Mutterschaftsentschädigung durch eine Elternzeit zu ersetzen, welche sich aus der (bisherigen) Mutterschaftsentschädigung von 14 Wochen und einer Vaterschaftsentschädigung von maximal 14 Wochen zusammensetzt (Anspruch abhängig von einer Erwerbstätigkeit der Eltern).

Die Motion Herzog „[ADHS ist keine Krankheit! Die wirklichen Ursachen müssen angepackt werden](#)“ fordert vom Bundesrat, dass die hohe Verschreibungspraxis von Medikamenten zur Behandlung von ADHS mit geeigneten Massnahmen reduziert wird.

Eine Vielzahl weiterer Vorstösse betrifft das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (vgl. ausführliche Vorschau unten).

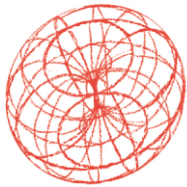
Im **Ständerat** sind die Kinderrechte nur am Rande ein Thema. Zu erwähnen ist lediglich die Interpellation Comte „[Betreuung unbegleiteter Minderjähriger im Asylbereich](#)“. Mit der Interpellation möchte er vom Bundesrat verschiedene Antworten dazu, ob genügend auf die speziellen Bedürfnisse dieser besonders verletzlichen Gruppe von Asylsuchenden eingegangen wird und insbesondere auch, ob der Bund den Kantonen betreffend der Kosten entgegen zu kommen gedenkt.

Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der Eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren und sind unter folgenden Links abrufbar:

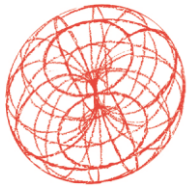
[Nationalrat](#) | [Ständerat](#)



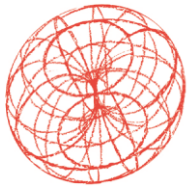
Datum	Nationalrat	Ständerat
11.09.2017	<p><b>Behandlung von parlamentarischen Initiativen in der ersten Phase): (Die Behandlung der parlamentarischen Initiativen finden an den folgenden Daten statt: 12./21./26. September statt).</b></p> <p><b><u>16.444</u> (Parlamentarische Initiative Fraktion SVP): Der Familie den Vorrang geben.</b> Die Vorlage verlangt eine Änderung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts dahingehend, dass das gesetzliche Vertretungsrecht und das Recht, als Beistand oder Beiständin eingesetzt zu werden, auf die Verwandten ersten Grades (Eltern, Kinder) und Verwandten zweiten Grades (Geschwister, Grosseltern, Enkel) ausgeweitet werden und dass das Vertretungsrecht in der Regel sowohl die umfassende Personen- und Vermögenssorge wie auch den uneingeschränkten Rechtsverkehr umfasst. Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates hat der Vorlage mit 8 zu 15 Stimmen keine Folge gegeben.</p> <p><b><u>16.453</u> (Parlamentarische Initiative Bertschy): Elternzeit von 14 Wochen für beide Elternteile bei beidseitiger Erwerbstätigkeit.</b> Die Vorlage fordert eine Ergänzung der Erwerbssersatzordnung so, dass die Mutterschaftsentschädigung durch eine Elternzeit ersetzt wird. Diese setzt sich zusammen aus der (bisherigen) Mutterschaftsentschädigung von 14 Wochen und einer Vaterschaftsentschädigung von maximal 14 Wochen. Der Anspruch auf Vaterschaftsentschädigung wird nur bei einer beidseitigen Erwerbstätigkeit der Eltern nach der Geburt des Kindes gewährt. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates gibt der Vorlage mit 13 zu 9 Stimmen keine Folge.</p>	<p><b><u>17.3619</u> (Interpellation Comte): Betreuung unbegleiteter Minderjähriger im Asylbereich.</b> Unbegleitete Minderjährige sind eine besonders verletzbare Gruppe von Asylsuchenden, auf deren spezielle Bedürfnisse aufmerksam geachtet werden muss. Die Bundespauschale reicht nicht aus, um die effektiven Kosten zur Betreuung der Minderjährigen zu decken, was die Kantone in eine schwierige Lage bringt. Vor diesem Hintergrund stellt der Interpellant dem Bundesrat diverse Fragen:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Welche Lösungen strebt der Bundesrat - zusammen mit den Kantonen - an, um die Herausforderungen bei der Aufnahme und Integration von unbegleiteten Minderjährigen zu bewältigen?</li><li>2. Wie steht der Bundesrat zu den Forderungen der Kantone? Beabsichtigt er, den Kantonen entgegenzukommen?</li><li>3. Wie beurteilt der Bundesrat die Betreuung unbegleiteter Minderjähriger durch die Kantone generell? Sind gewichtige Mängel, insbesondere in Bezug auf die Einhaltung der Kinderrechtskonvention, festzustellen? Wäre es nötig, Mindestanforderungen festzulegen, um allzu grosse Unterschiede zwischen den Kantonen zu vermeiden?</li></ol> <p><b><u>17.3270</u> (Motion Staatspolitische Kommission NR): Ersatz des Status der vorläufigen Aufnahme</b> Der Bundesrat wird beauftragt, einen Entwurf mit den nötigen Gesetzesänderungen vorzulegen, um den aktuell geltenden Status der vorläufigen Aufnahme durch einen Status zu ersetzen, der in seinen Eckpunkten den Vorschlägen der Variante 2 des Anhangs zum Bericht des Bundesrates vom 12. Oktober 2016 entspricht. Damit soll ein neuer Status der voraussichtlich länger dauernden Schutzgewährung geschaffen werden. Insbesondere für Minderjährige ist der Status der vorläufigen Aufnahme im Bildungs- und Ausbildungsbereich mit grossen Schwierigkeiten verbunden (z.B. bei der Lehrstellensuche). Zusätzlich soll für Personen, für die ein bloss vorübergehendes Schutzbedürfnis absehbar ist, ein entsprechender Status vorgesehen werden. Zur</p>



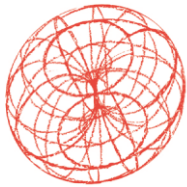
Datum	Nationalrat	Ständerat
11.09.2017	<p><b><a href="#">17.429</a> (Parlamentarische Initiative Mazzone): Stärkung der Demokratie. Politische Rechte ab 16 Jahren.</b>            Die Vorlage verlangt eine Änderung der Bundesverfassung wie folgt:            Art. 136, Abs. 1            Die politischen Rechte in Bundessachen stehen allen Schweizerinnen und Schweizern zu, die das 16. Altersjahr zurückgelegt haben und die nicht wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche entmündigt sind. Alle haben die gleichen politischen Rechte und Pflichten. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates hat sich mit 15 zu 8 Stimmen gegen die Vorlage ausgesprochen.</p>	<p>Ausarbeitung der Vorlage wird eine Expertenkommission eingesetzt, in der die Kantone, die Kommunalverbände und weitere betroffene Kreise vertreten sind. Der Ständerat behandelt die Vorlage als Zweitrat, der Nationalrat hat die Motion bereits angenommen.</p>
12.09.2017	<p><b>Fortsetzung der Behandlung von parlamentarischen Initiativen vom 11. September (Fortsetzung an den folgenden Daten: 21. und 26. September).</b></p>	-
18.09.2017.	<p><b>Parlamentarische Vorstösse aus dem WBF:</b></p> <p><b><a href="#">15.4023</a> (Postulat Masshardt): Politische Bildung ist im öffentlichen Interesse.</b>            Die Postulantin fordert den Bundesrat auf zu prüfen, ob auch die politische Bildung als Leistung im öffentlichen Interesse festgelegt werden kann (gemäss Art. 64 Abs. 1 der Berufsbildungsverordnung). Die politische Bildung sollte allgemein gestärkt werden. Eine Studie von GfS Bern (2014, "Im Elternhaus angelegte, aber vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten vom Jungbürger zum Citoyen") zeigt, dass bei Berufsschülerinnen und Berufsschülern ein besonderer Förderbedarf besteht. Mit dem Berufsbildungsgesetz bestehen die Grundlagen, die für ein Aktivwerden nötig sind.            Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats, der Nationalrat fasst sich als Erstrat mit der Vorlage.</p>	-



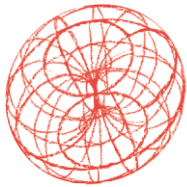
Datum	Nationalrat	Ständerat
19.09.2017	<p><b>Parlamentarische Vorstösse aus dem EJPD (Fortsetzung der Behandlung am 20. Und 26. September):</b></p> <p><b><u>16.3212</u> (Motion Wehrli): Kindesunterhalt. Änderung von Artikel 277 ZGB, um die Ungleichbehandlung von Eltern mit Kindern in Ausbildung und Eltern mit Kindern, die nicht in Ausbildung sind, zu beseitigen</b></p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, den eidgenössischen Räten eine Änderung von Artikel 277 Absatz 2 des ZGB vorzuschlagen, sodass Eltern auch dann bis zur Vollendung des 25. Lebensjahrs ihres Kindes für seinen Unterhalt aufkommen müssen, wenn es mittellos ist. Diese Massnahme soll die Sozialhilfe für junge Menschen, die sich weigern, eine Ausbildung zu machen, weniger attraktiv machen. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung, der Nationalrat behandelt die Motion als Erstrat.</p> <p><b><u>16.3250</u> (Motion Ammann): Verpflichtender Unterhaltsvertrag bei nichtverheirateten Eltern.</b></p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, einen Vorschlag zur rechtlichen Regelung des Unterhaltsbeitrages für Kinder nicht miteinander verheirateter Eltern auszuarbeiten. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelt die Motion als Erstrat.</p> <p><b><u>16.3435</u> (Motion Fraktion SVM): KESB. Der Subsidiarität zum Durchbruch verhelfen.</b></p> <p>Die Motion beauftragt den Bundesrat, das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht so zu ändern, dass die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) die Unterstützung einer hilfsbedürftigen Person durch die Ehegatten, durch die eingetragene Partnerin oder durch den eingetragenen Partner, durch Familienmitglieder, andere nahestehende Personen oder private oder öffentliche Dienste nur nach den im Gesetz festgelegten Kriterien ablehnen darf. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung, der Nationalrat behandelt sie als Erstrat.</p>	-



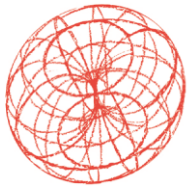
Datum	Nationalrat	Ständerat
19.09.2017	<p><b><u>16.3475</u> (Motion Schwander): KESB. Anwalt der ersten Stunde.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht so zu ändern, dass den Betroffenen ein Recht auf einen Gratisanwalt eingeräumt wird. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelt sie als Erstrat.</p> <p><b><u>16.3520</u> (Motion Quadranti): Massnahmen zur beruflichen Integration von jungen Flüchtlingen mit Bleibeperspektive.</b> Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, 1. die Finanzierung der Triage und der vorbereitenden Angebote zur Qualifizierung geflüchteter Jugendlicher und junger Erwachsener (anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene) für einen Sekundarstufe-II-Abschluss in Absprache mit den Kantonen zu regeln; 2. das Budget des Bundes für die Integrationsmassnahmen per Nachtragskredit 2016 und in den folgenden Jahren so zu erhöhen, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Bleibeperspektive von den Kantonen gezielt auf das Absolvieren eines Sekundarstufe-II-Abschlusses vorbereitet werden können; 3. das geplante Pilotprojekt "Flüchtlingvorlehre" bereits 2017 und nicht erst 2018 zu starten. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelt sie als Erstrat.</p>	



Datum	Nationalrat	Ständerat
20.09.2017	<p><b><a href="#">16.415</a> (Parlamentarische Initiative SVP): Beschwerderecht für Gemeinden und Behörden.</b> Die Vorlage fordert, dass neu in Artikel 450 ZGB das Beschwerderecht der Wohnsitzgemeinde der betroffenen Person oder einer anderen zuständigen, kommunalen Behörde festzuhalten ist. Zudem soll sichergestellt werden, dass der Grundsatz der aufschiebenden Wirkung der Beschwerde (Art. 450c ZGB) nicht ausgehöhlt, das heisst, dass die aufschiebende Wirkung zurückhaltend und nur ganz ausnahmsweise entzogen wird. Die Rechtskommission des Nationalrats hat der Vorlage mit 9 zu 16 Stimmen keine Folge gegeben.</p> <p><b><a href="#">15.309</a> (Standesinitiative SH): Verankerung einer Beschwerdemöglichkeit des kostenpflichtigen Gemeinwesens gegenüber der Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen der KESB im ZGB.</b> Der Bund wird mit der Vorlage aufgefordert, in Artikel 450 ZGB die Beschwerdebefugnis des kostenpflichtigen Gemeinwesens gegenüber Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen der Kesb zu verankern. Die Rechtskommission des Ständerats gab der Initiative Folge, diejenige des Nationalrats mit 9 zu 16 Stimmen gab keine Folge.</p> <p><b>Fortsetzung der parlamentarischen Vorstösse aus dem EJPD vom 19.9. (Fortsetzung der Behandlung 26. September)</b></p>	



Datum	Nationalrat	Ständerat
21.09.2017	<p><b>Parlamentarische Vorstösse aus dem VBS:</b></p> <p><b><a href="#">17.3605</a> (Motion Gmür-Schönenberger): Aufhebung des Moratoriums für neue J+S Sportarten.</b> Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, die J+S-Rechtsgrundlagen so anzupassen, dass das seit 2009 geltende Moratorium für neue J+S-Sportarten aufgehoben werden kann. Für bisher unterstützte Sportarten, insbesondere Kleinstsportarten, soll grundsätzlich Besitzstandswahrung gelten. Die für die neuen Sportarten benötigten Mittel sollen haushaltsneutral dem Funktionskredit entnommen und in den Subventionskredit umgeschichtet werden. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat befasst sich als Erstrat damit.</p> <p><b>Fortsetzung der Behandlung von parlamentarischen Initiativen vom 11. September (Fortsetzung an den folgenden Daten: 21. und 26. September).</b></p>	
26.09.2017	<p><b>Parlamentarische Vorstösse aus dem EDI:</b></p> <p><b><a href="#">15.4075</a> (Motion Piller Carrard): Einführung von Gesundheitshinweisen in der Lebensmittelwerbung.</b> Die Motion beauftragt den Bundesrat, eine Änderung der Gesetzgebung vorzulegen, mit der Gesundheitshinweise in der Lebensmittelwerbung eingeführt werden. Empirische Daten belegen, dass die Fernsehwerbung die Vorlieben von Kindern bei Lebensmitteln und ihr Verhalten beim Lebensmitteleinkauf und bei der Wahl der Lebensmittel beeinflusst (WHO 2010). Die hier verlangte Massnahme zum Schutz der öffentlichen Gesundheit bezweckt die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und insbesondere den Schutz der Gesundheit der Kinder. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat berät sie als Erstrat.</p>	



Datum	Nationalrat	Ständerat
26.09.2017	<p><b><a href="#">15.4229</a> (Motion Herzog): ADHS ist keine Krankheit! Die wirklichen Ursachen müssen angepackt werden.</b></p> <p>Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, dafür zu sorgen, dass die wirklichen Ursachen, die sich hinter der Diagnose ADHS verbergen, angepackt werden und damit die, gemäss der Motionärin viel zu hohe, Verschreibungspraxis in der Deutsch- und Westschweiz massiv reduziert wird. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p> <p><b>Fortsetzung der Behandlung von parlamentarischen Initiativen vom 11. September.</b></p> <p><b>Fortsetzung der parlamentarischen Vorstösse aus dem EJPD vom 19.9.</b></p>	
29.09.2017	<b>Schlussabstimmungen.</b>	